

Bezugspreis:

Für den Monat August 90.— M.,
vorwärts achtmal. Unter Kreuzband für
Deutschland, Ostpreußen, Ost- und
Westpreußen, sowie Österreich und
Luzern 120.— M., für das übrige
Ausland 172.— M. Fernbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Estland, Finnland, Frankreich,
Holland, Lettland, Luxemburg, Oester-
reich, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntag-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erholung und Spielgarten“
erscheint wochentags zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigen-
sätze 25.— M. Kleinanzeigen 125.— M.
„Kleinanzeigen“ des festgedruckten
Textes 7.— M. (wöchentlich zwei festge-
druckte Worte), jedes weitere Wort
6.— M. Stellenangebote und Schul-
stellenanzeigen das erste Wort 4.— M.,
jedes weitere Wort 3.— M. Worte
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Worte. Familien-Anzeigen für Ab-
nehmende 10.— M.
Anzeigen für die 2. Hälfte Sommer
wischen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abzugeben werden. Sonst
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 252-255
und 2506-2507

Donnerstag, den 3. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Anzeigen-
Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Die bayerische Antwort.

Der bayerische Gesandte v. Preger hat heute mittag um 12 Uhr dem Reichspräsidenten folgende Note der bayerischen Regierung übergeben:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Ihr Hochwohlgeboren gefällige Schreiben vom 27. Juli 1922 regt eine Verständigung über die schnelle Beilegung des Streits zwischen dem Reich und Bayern aus Anlaß der gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der republikanischen Staatsverfassung an. Zum Wohle unseres deutschen Volkes und Landes wünschen Sie, die Aufhebung der bayerischen Verordnung vom 24. Juli 1922 auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung zu erleichtern zu sehen.

Für diese aus staatsmännlichen Erwägungen entspringende Auf-
fassung weiß Ihnen die bayerische Regierung aufrichtigen Dank;
denn auch sie erblickt in der Ausschaltung des Zwanges die ein-
zigste Möglichkeit, den Streitfall ohne Schaden für das deutsche
Vaterland zu schlichten.

Wenn das Schreiben vom 27. Juli 1922 den Standpunkt ver-
tritt, daß die bayerische Verordnung der verfassungsmäßigen Grund-
lage entspreche, so vermag ich dem nicht beizupflichten. Ich muß
mit an dieser Stelle verfassungsrechtliche Ausführungen verlagern,
um so mehr, als eine bloß formal-rechtliche Entscheidung keine
Lösung einer Frage bringen könnte, deren

wesentliche Bedeutung auf politischem Gebiete

liegt. Die Verordnung ist eine Abwehrmaßnahme, zu der die
bayerische Regierung als die verantwortliche Hüterin der ver-
fassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebietes durch die klare
Erkenntnis eines staatlichen Notstandes gezwungen
worden ist.

In der Tat sind trotz ihrer Vorstellungen und Warnungen wich-
tige bundesstaatliche Angelegenheiten durch die neuen Gesetze be-
einträchtigt worden. Diese Notlage ergibt sich aber auch aus der
steigenden Erregung vieler, von treuer deutscher Gesinnung er-
füllter Kreise des bayerischen Volkes über den Vollzug dieses Ge-
setzes, eine Erregung, die sich zeigt in zahlreichen Kundgebungen
von Angehörigen aller Schichten und aus allen bayerischen Ge-
bieten in Süd und Nord wie aus der Pfalz und dem Ries. Sollte
die Verordnung, sei es schließlich beseitigt, sei es durch eine un-
absehbare, von Reim neuer Bewilligungen bergende Regelung er-
setzt werden, so würde in ganz Bayern ein Zustand der Verwir-
rung eintreten, für den die bayerische Regierung auch vom Stand-
punkte des Reichswohls die Verantwortung nicht übernehmen
könnte. Bismehr erfordert es der Ernst dieser Lage, vom Stand-
punkte der politischen Beilegung, daß eine Rechtslage geschaffen
wird, die auch unserer Staatsnotwendigkeiten entspricht. Hierzu
die Hand zu bieten, ist die bayerische Regierung jederzeit bereit; sie
hat den dringenden Wunsch, über die Beilegung des jetzigen Falles
hinaus die Wurzel künftiger Konflikte zu beseitigen und damit
den Beziehungen zwischen Reich und Ländern dauernd zu dienen.

Die Stimmung des bayerischen Volkes

wird hauptsächlich von der Besorgnis geleitet, die Weimarer Ver-
fassung könnte so ausgelagt werden, als ermögliche sie die schrittweise
Beseitigung der Hoheitsrechte, ja der Staatlichkeit der Länder.
Sie haben, sehr verehrt Herr Reichspräsident, sowohl bei Ihrem
letzten Aufenthalt in München wie auch in Ihrem Schreiben den
Entschluß, die Staatlichkeit der Länder zu schützen, klar ausge-
sprochen. Das bayerische Volk erkennt dies mit Befriedigung an
und vertraut, daß sich mit Ihrer tatkräftigen Hilfe ein Weg finden
müsse um eine entsprechende Sicherheit für die Zukunft zu erhalten,
und zwar durch Vorschriften, die eine dauernde Bürgschaft
dafür bieten, daß

Hohheitsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung
beseitigt oder eingeschränkt

werden können.

Zum Schluß darf ich der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß
gerade die Not der Gegenwart und des staatlichen Lebens gebiete-
risch dazu führen sollten, das ganze deutsche Volk in seinen einzel-
staatlichen Gruppen und aus eigener Gesinnung heraus zu freudiger
Mitarbeit an den Aufgaben des Staates heranzuziehen. Regierung
und Volk in Bayern sind auch ihrerseits ernstlich gewillt,
das Deutsche Reich vor Erschütterungen zu bewahren, die zu ver-
meiden gerade in dieser Zeit außenpolitischer Spannung gemein-
same Pflicht ist.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung
bin ich

Ihr sehr ergebener

gez.: Hugo Graf Berchtesgaden.

Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erfährt,
hat unmittelbar nach Ueberreichung dieser Note eine Konferenz
des Reichspräsidenten mit dem Reichskanzler stattgefunden.

Der Reichspräsident wird im Einverständnis mit dem Reichs-
kanzler den bayerischen Ministerpräsidenten bitten, baldmög-
lichst zu persönlichen Beratungen nach Berlin zu
kommen.

Die Lage in München.

München, 3. August. (Eigener Drohbericht.) Der Inhalt der
bayerischen Note an den Reichspräsidenten wird heute schon von der
Münchener Presse lebhaft kommentiert. Selbstverständlich sprechen
die bürgerlichen Blätter dem Bauernbund, welcher die Umbildung
der Regierung Berchtesgaden nach rechts erstrebte, ihre volle An-
erkennung aus. „Vaterländische Gründe“ seien für den Bauern-
bund maßgebend gewesen. Man sollte diese vaterländischen Gründe
des Bauernbundes nicht allzu hoch einschätzen. Zu anderen Zeiten
würde der gleiche Bauernbund bereit, in eine Reiterregierung einzut-
reten, wenn ihm das Landwirtschaftsministerium verbleibt und ein
genügend hoher Preis für die landwirtschaftlichen Produkte ge-
sichert wird. Man hofft, daß bis Ende dieser Woche die Regierungs-
umbildung vollzogen wird. Daß die Entwicklung der letzten Tage
eine Beilegung des Konfliktes mit dem Reich nahegebracht habe,
das getrauen sich selbst die deutschnationalen Blätter nicht zu sagen.
Man hält wieder dort, wo man am Anfang des Konfliktes ge-
standen ist.

Die größte Verwunderung erregt die Tatsache, daß Graf
Berchtesgaden trotz seiner früheren Gegnerschaft zu den Deutschnatio-
nalen an seinen Posten so zäh festhält. Die „Süddeutsche demo-
kratische Korrespondenz“ schreibt, daß es unverständlich sei, daß der-
selbe Mann, der nicht nur von der deutschnationalen Presse, sondern
auch von deutschnationalen Parlamentariern in schamloser Weise
verunglimpft werden sei, auf seinen Posten aushalte. Graf
Berchtesgaden nimmt in der „Münchener Post“ unter dem Titel „Ver-
hindert die Reichzerstörung“ das Wort und mahnt das vernünftige
Bürgertum, in den kommenden schweren Tagen, die unter Umständen
den offenen Konflikt mit dem Reich bringen könnten,
treu zum Reich zu stehen.

Bayern und Frankreich.

In einem Augenblick stärkster außenpolitischer Spannung
wird die Einigkeit des Reiches in bedrohlicher Weise durch
den Handel mit Bayern gefährdet. Der Streit zwischen
dem Reich und seinem zweitgrößten Bundesstaat war kaum
in ein kritisches Stadium gerückt, als sich auch schon der
französische Imperialismus zu einem neuen
Vorstoß gegen Deutschland anschickte. Wir haben auf den
inneren Zusammenhang dieser beiden Ereignisse bereits hin-
gewiesen, der sicherlich nicht vom bayerischen Volk, aber ebenso
gerne vom Poincaré gewollt ist.

Bayern ist indes seiner Verantwortlichkeit dem Reich
gegenüber nicht dadurch entbunden, daß es bezüglich des fran-
zösischen Vorgehens seine Hände rein weiß. Man muß von
ihm verlangen, daß es aus der außenpolitischen
Lage seine Konsequenzen zieht, wenn es nicht dem
ganzen deutschen Volk gegenüber die schwerste Schuld auf sich
laden will.

Leider haben die Vorgänge des gestrigen Tages eher eine
Verschärfung der Gegensätze als eine Milderung ge-
bracht. Die angekündigte Koalition der Bayerischen Volkspartei
mit der sog. Mittelpartei, den vereinigten Volkspartei-
lern und Deutschnationalen ist ein verhängnisvoller Schritt.
Die Volksparteiler der Pfalz haben ihren Austritt aus der
Mittelpartei erklärt, weil sie ihr Verbleiben in diesem Partei-
verband mit ihrer Reichstreue nicht vereinbaren konnten.
Die Volksparteiler der Pfalz leben unter der französischen Beset-
zung, sie stehen unter dem Eindruck der französischen Los-
reisungsbefreiungen im Westen, und sie haben daher einen
klarerer Einblick in die außenpolitischen Zusammenhänge und
die dem Reich drohenden Gefahren als die Kirchturnipoliten
der Bayerischen Volkspartei und des Bauernbundes, die eben
jetzt bereit sind, sich mit der „Mittelpartei“, in Wirklichkeit
einer Partei der extremsten Reaktion, zu koalieren.

Eine Verständigung mit Bayern wäre erleichtert, wenn
im übrigen Reich das Vertrauen herrschte, daß die bayerische
Regierung das reichszerstörende Treiben der
äußersten Rechten wenigstens mit der gleichen Energie
bekämpfen würde wie irgendeine andere Landesregierung.
Die deutsche Republik hat doch wahrhaftig nicht aus Vozheit
oder aus prinzipieller Stöckelsperre gegen Bayern etwas
unternommen, sie gönnt jedem Land jedes „Hohheitsrecht“, das
mit dem notwendigen Schutze des gesamten Staatswesens ver-
einbar ist. Aber sie muß auch die Kraft haben, sich gegen Ver-
schwörungen und blutige Anschläge zu schützen, sonst geht sie
rettungslos zugrunde und das deutsche Volk mit ihr.

Wie aber soll das Vertrauen, ohne das eine Verständigung
nicht möglich ist, geschaffen werden, wenn die in Bayern re-
gierende Partei in diesem Augenblick die Deutschnationalen
Partei in die Regierung aufnimmt? Kann eine Rückkehr zum
Kahr-Pöhlner-System eine Wiederannäherung brin-
gen, oder bedeutet eine solche Rückkehr nicht vielmehr bewußte
Herausforderung, bewußtes Hineinrücken in den aller-
schärfsten Konflikt? Soll es soweit kommen, daß man eines
Tages sagen kann, Frankreich und Bayern seien
gleichzeitig zum Angriff auf das Deutsche Reich übergegangen?

Es gibt, wenn überhaupt, in Bayern sicher sehr wenige
Menschen, die innerlich dazu bereit wären, mit Frankreich zur
Festigung des Deutschen Reichs gemeinsame Arbeit zu leisten.
Nicht sie sind die Gefahr, die Gefahr ist jene unerlaubte
Kurzsichtigkeit, die nicht zu erkennen vermag, wessen
Geschäfte durch die Verschärfung des innerdeutschen Konflikts
bis zum äußersten besorgt werden. Die bayerischen Parti-
kularisten sind zum Teil nicht nur Gegner des gegenwärtig
in Frankreich herrschenden Kurzes, wie wir es sind, sondern
sogar ausgesprochene Franzosenfeinde. Aber diese Franzosen-
feinde handeln so, daß niemand an ihrem Vorgehen Freude
haben kann als Herr Poincaré.

Diese Zusammenhänge werden außerhalb Bayerns klar
erkannt. Es ist notwendig, daß man sich auch in Bayern ihrer
bewußt wird.

Die „Bayerische Staatszeitung“ hat es an dem Tag, an
dem Poincaré seine Drohnote an die deutsche Reichsregierung
schickte, fertig gebracht, denjenigen „Hohverrat an Bayern“
vorzuwerfen, die als bayerische Staatsbürger um die Erhal-
tung der Reichseinheit besorgt und daher Gegner des gegen-
wärtig in Bayern herrschenden Kurzes sind. Wir wollen den
Spieß nicht umdrehen, obwohl die Versuchung dazu nahe
genug liegt. Aber Verständnis möchten wir in Bayern für
den Gedanken weiden, daß es tatsächlich an Hohverrat am
Reich grenzt, wenn man jetzt in Bayern nur noch an
Bayern und sein Verhältnis zum Reich, nicht an das Reich
und seine bedrohte äußere Lage denkt, daß man den Kampf
um bayerische Hoheitsrechte zum äußersten treiben will,
während dem letzten Rest deutscher Hoheitsrechte von
Frankreich her der schwerste Stoß droht.

Der Brief des Reichspräsidenten an den
Grafen Berchtesgaden, der hier ausdrücklich gebilligt worden ist,
zeigt deutlich genug, wie wenig es in der Absicht der „Ber-
tesgaden“ Regierung liegt, das bayerische Volk in seinen Einspin-
nungen zu trüben. Kein Politiker, der es mit seiner Ver-
antwortung ernst nimmt, rät hier zu Taten überdellter Hitze
oder treibt in irgendwelcher Weise Schamlosigkeit. Der An-
griff geht von Bayern aus, und behauerliche Vorzeichen
bestehen dafür, daß dort die Absicht besteht, ihn fortzusetzen.

Ist aber das der Fall, dann wird das Reich gezwungen
sein, seine Verteidigung auszunehmen, denn kämpft es
einen Verzweiflungskampf um seine Existenz, und riesengroß
wird vor Volk und Geschichte die Schuld derer sein, die ihn
entsetzt haben!

Für die weitere Entwicklung der Dinge wird die baye-
rische Note, die heute der Reichsregierung überreicht
worden ist, schwerlich die letzte Entscheidung bringen. Der
Gedanke der Reichseinheit wird in Bayern von einem starken
Teil der Bevölkerung kräftig vertreten, und wir sind stolz
darauf, daß unsere bayerischen Genossen, die
dafür von der „Bayerischen Staatszeitung“ als „Hoh-
verräter an Bayern“ beschimpft werden, seine Vor-
kämpfer sind. Hoffentlich werden die nächsten Tage in noch
weiteren Kreisen der bayerischen Bevölkerung das Verständnis
dafür wecken, was für das Reich und damit auch für Bayern
jetzt auf dem Spiel steht. Sie werden dann begreifen, daß das
Reich auf die Wiederherstellung der gefährdeten Reichsein-
heit nicht verzichten kann, und sie werden von denen ab-
rücken, die als freiwillige oder unfreiwillige Helfer der
französisch-imperialistischen Politik Deutschland an innerem Hader zugrunde gehen lassen wollen.

In der Pfalz errichten die Franzosen ein gewaltiges Munitions-
lager mit über 200 Lagerbauten, Offizierhaus, Kaserne und Industrie-
gleis auf fruchtbarstem Boden der Gemeinde Komflein. — Aus dem
besetzten Gebiet ausgewiesen wurden Architekt Josef Loosmann in
Koblenz, weil er alldutschen Verbindungen angehört hat, Kriminal-
kommissar Bergen, seine Frau und Vollzeinspektor Schmidt in
Düsseldorf.

Not der bayerischen Presse. Wie vor längerer Zeit die
„Münchener Augsburger Abendzeitung“ mußte nun auch der baye-
rische Kurier in München, eins der führenden Organe der
Bayerischen Volkspartei, von heute ab zur einmaligen Er-
scheinungsweise übergehen.

Minna Cauer gestorben.

Im 82. Lebensjahre ist die bekannte Führerin der Frauenbewegung, Frau Minna Cauer, in der Nacht zum Donnerstag gestorben. Mit ihr ist eine der interessantesten Frauenerscheinungen des deutschen Geisteslebens dahingegangen. Sie hat die moderne Frauenbewegung in vielseitigster Weise beeinflusst, ja, sie in gewissem Grade erst neu geschaffen. Als Tochter eines evangelischen Pfarrers hatte sie ihre Kindheit in einem kleinen Landstädtchen in der Mark verbracht. Früh verwitwet, machte sie das Lehrentum zum Beruf und ging als Erzieherin nach Paris, das damals unter Napoleon den Mittelpunkt der Welt spielte. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde sie die Gattin des Gymnasialdirektors Edward Cauer, der als Geschichtsforscher einen Namen hat. In Berlin, wohin sie mit ihrem Gatten übersiedelte, wurde sie Ende der achtziger Jahre in die Frauenbewegung gezogen, der sie bis in ihre letzten Lebensjahre ihre ganze Kraft gewidmet hat. Obwohl aus bürgerlich-liberalen Kreisen stammend, hatte sie doch stets ein großes und tiefes Verständnis für die Bestrebungen der Sozialdemokratie. Mit August Bebel, dessen Buch über die „Frau und der Sozialismus“ ihr manche Anregung gegeben hatte, stand sie in freundschaftlichster Beziehung. In Erinnerung ist noch ihre tiefempfundene Gedenkrede auf diesen großen sozialistischen Vorkämpfer der Frauenrechte. Minna Cauer hatte zwar sehr viel Interesse und ein großes Wohlwollen an der sozialen Seite der Frauenbewegung gewidmet, aber ihre Hauptarbeit hatte sich doch der politischen Seite zugewandt. Wie sie denn auch im Bereich für Frauenstimmenrecht den Boden bereiten half für die Erringung der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter, die erst die Revolution bringen konnte. Auch mit Sozialdemokraten haben Anlauf, der mutigen Vorkämpferin des Frauenrechts ehrend zu gedenken.

1 Dollar mittags 860 Mark!

Die Entwertung der Mark macht weiter bedeutende Fortschritte. Gestern war an der New Yorker Börse der Schlusskurs 100 M. = 0,1134 Dollar, was einer Dollarparität von 881 entspricht. Im heutigen Berliner Vormittagsverkehr trat in Anbetracht der hohen Kurse zunächst Angebot hervor, das den Dollar bis auf 810 drückte. An der Börse setzte jedoch eine neue starke Hausse ein; der Dollar schwankte zwischen 840 und 880. Um die Mittagshunde wurde er mit 860 gehandelt. Die Umsätze sind nach wie vor verhältnismäßig gering. An den Effektenmärkten verhält sich die Spekulation ebenfalls sehr reserviert. Da aber gleichzeitig das Publikum keine Effekten verkauft, genügt eine geringe Nachfrage, um die Kurse wieder in die Höhe zu treiben.

Politik aus der Steinzeit.

Zu den amüsantesten Gewächsen auf dem deutschen Zeitungswald gehört der „Reichsbote“, ein pietistisches Organ, das in den orthodoxen ländlichen Pfarrhäusern genossen zu werden pflegt. Es unterrichtet seine Abonnenten über die hohe Politik vom Standpunkte eines Menschen aus, der in der Steinzeit gelebt hat und sich daher in der hastenden Gegenwart nicht zurechtfindet. Neuerdings beschäftigt sich dies Blatt der Landpastoren und ältlicher Diakonen mit der „sozialdemokratischen Minderwertigkeit“. Wir geben unseren Lesern zu ihrer Freude eine Kostprobe aus dem evangelisch-muckerschen Gedächtnis:

Die Sozialdemokratie ist eine Pest für jedes gesunde Volkleben, weil sie das Empfinden für wahre Sittlichkeit, Ehre, Recht und Tugend abtumpft und schließlich ganz erblüht. Sie ist eine Art Jesuitismus des Mittelalters. Deshalb findet sie sich auch protistisch bis zu einem gewissen Grade mit den Vertretern jesuitischer Moral ein gut Stück Weges so trefflich zusammen.

Aber es kommt noch besser:

Was die Sozialdemokratie unter Freiheit versteht, ist nichts weiter als die Vorkerkung aller sittlichen Bande, die in göttlichen und menschlichen Tugendgeboten gegeben sind. Darum streift sie auch mit dem Katechismus auf Kriegsfuß und untergräbt die Achtung vor den zehn Geboten, die seit Jahrtausenden die Grundlage für rechtschaffenes staatsbürgerliches Leben gelegt

Die Enttäuschung.

Von Hans Bauer.

Näheres wußte man zwar nicht, aber es galt als ausgemacht, daß die beiden jungen Herren mindestens sehr geheimnisvolle Personen wären. Fest stand auch, daß sie schon über vier Wochen auf dem Schlosse wohnten und daß der Graf sie nur sich zeigen ließ, wenn ein so erquellender und feudaler Anreiz wie heute eingeladen war.

Auch diesem gegenüber bewährten die Herren aber eine große Reserve, die von einigen Gästen sogar als Beleidigung aufgefaßt wurde, da sie in ihr eine Herabsetzung des Wertes ihrer Gastfreundschaft sahen, die durch diese Reserve als nicht absolut zuverlässig verächtlich wurde. Zum Trost schlug der kleine von Sprittwitz nach einem kräftigen Schluck Kognak dem einen der Herren auf die Schulter, zwinkerte mit den Augen und fragte mit breitem Grinsen: „Haben Sie schon in der Zeitung gelesen: die... die „Mörder“ nennen sie gloobig egal, also die Mörder von dem Judenminister da, die sollen gar nicht mehr in Deutschland sein!“ Der Angezwinkerte zog die Nasenflügel zusammen, schob die Augenbrauen hoch, lächelte und wollte eben darauf erwidern, als der Graf dazu kam, sich leise bei Sprittwitz einhängte und ihn, ehe er noch eine Antwort hatte, in das Speisezimmer entführte.

Durch solche Vorgänge wurde die Vermutung aber nur um so mehr befestigt, daß es bei den beiden etwas zu verbergen galt. Und es war offenbar, daß es sich um große Dinge handelte. Russische Jarenoffiziere, wurde zuerst gemunkelt, die Verbindung mit deutschen gesinnungssähnlichen Jirkeln suchen. Aber schnell wurde diese Ansicht verworfen. Unsinn: Wo sei denn das Exotische an denen! Dann hieß es, die beiden gehörten einem Verschwörerententeil an, jenem, aus dem die Mörder des Ministers entsammeten. Und dann ging man noch einen Schritt weiter. Dies alles freilich nur, wenn der Gastgeber gerade nicht dabei war. Dieser sagte, wenn auch mit spätem Wächeln, über die beiden nichts anderes, als was sie selbst augenwinkend sagten: daß sie stellungslöse Kaufleute wären, die durch die Vermittlung des Gesangsvereins Niederkrantz zu sommerlicher Kondarheit an den als edelmütig bekannten Grafen gewiesen worden wären.

Stellungslöse Kaufleute — Gesangsverein Niederkrantz! Sprittwitz ließ den aufgeschossenen Major a. D. ins Knie.

Vier Wochen später war wieder Gesellschaft bei dem Grafen. Die Eingeladenen, Sprittwitz im besonderen, vernahmten die jungen Herren. Wo denn die „Stellungslösen Kaufleute“ wären, wurde diskret gefragt.

Der Graf rollte die Augen: „Diese Schuftel... diese Strochdel... So meine Gastfreundschaft zu mißbrauchen, mich so zu betrügen!“

haben, ohne die keine gesunde menschliche Gemeinschaft bestehen kann. Wie gefährlich die sozialdemokratischen Lehren auf die sittlichen Begriffe naiver Menschen wirken, trat mir drastisch vor Augen, als mir vor etwa 25 Jahren mal ein einfacher Mann, der das sozialdemokratische Gist in sich eingeschlagen hatte, seine Bewunderung darüber aussprach, daß seine Kinder in der Schule noch ebenso den Katechismus mit den 10 Geboten lernen müßten wie er in seiner Kindheit. Er meinte, diese alten Anschauungen seien doch wohl überlebt und hätten nicht mehr in die „moderne“ Zeit.

In der Tat liegt die Sozialdemokratie im Gegensatz zu allen zehn Geboten. Ihr gottloserlicher Hohn, den sie bei allen Gelegenheiten laut werden läßt, ist die krafftige Verleugnung der ersten beiden Gebote. . . . Was ihre Verachtung des vierten Gebotes für Früchte zeitigt, hat sich an dem oben erwähnten Manne gezeigt, der mir 12 Jahre später einmal unter schwer verhaltenen Umständen sagte, daß er nicht mehr Herr in seiner eigenen Wohnung sei und sein erwachsener Sohn sich sogar schon einmal tätlich an ihn vergriffen habe. Als ich ihn fragte, was sei die Folge davon, daß seine Kinder ihren Katechismus vergessen hätten, meinte er resigniert: „Ja, es wächst eine ganz gottlose und pflichtvergessene Jugend heran.“

Die Sozialdemokratie hat, seit sie während des Krieges zu ihrem Lande stand, und nach dem Kriege, als sie durch festes Zugreifen das zusammengebrochene Deutschland vor dem Chaos bewahrte, die mannigfaltigsten Angriffe und Vorwürfe ertragen müssen. Die Art aber, wie der „Reichsbote“ sie vernichtet, ist von einer so grandiosen geistigen Höhe, daß dagegen die Leistungen selbst des seligen „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ einfach verblasen. Zerknirsch müssen wir bekennen, daß alle Arbeit der Partei in ihren Organisationen, in Parlament und Regierung vergeblich sein wird, weil — sie den Katechismus vergessen hat! Wahrscheinlich ist diese unsere Unterlassungsfünde auch Schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges, an dem Tode von Millionen und schließlich am Steigen des Dollars! Den letzten Punkt hat der Steinzeitpriester im „Reichsbote“ noch nicht berührt. Wir dürfen erwarten, daß er das baldigst nachholt.

Das Talglicht aus dem Ofen.

Unter dieser geschmackvollen Ueberschrift leistet sich die „Deutsche Zeitung“ folgende politische Tumbheit. Sie bespricht eine angeblich emittierte Karte der russischen Sowjetrepublik und versichert, dieser „herrliche Sinn“ zerfalle in nicht weniger als 27 selbständige Einzelstaaten. Denn geht es so:

Die ehrsüchtigstehenden Wästerchaften, die sich hier zusammengeschlossen haben, heißen nach der Karte: Karelen, Estländer, Wostjaken, Marzjaker, Tschuwasschen, Tataren, Woschiren, Kirgisen, Kalmücken, Grusier, Abchaser, Tscherkesen, Kabardiner, Dagestaner, Aherdeltschauer, Armenier und Tsaluen. Die Karte zählt noch andere Völker auf, die dazu gehören sollen, es tatsächlich aber nicht tun, verschweigt jedoch aus unbekanntem Gründen das verdienstvolle Volk der Juden.

Wenn jetzt die Wostjaken, Tschuwasschen und Tsaluen nach dem Gebrauch des Taschenbuches erkern und die Kenntnis des Lesens und Schreibens erworben haben werden, dann wird wohl auch für Deutschland die Wostjaken-Sünde geschlagen haben. O Schnaps, Talglicht und du unbezwingliche Haus! Im diese bodenlos geistreiche Bemerkung soll zu würdigen, muß man wissen, daß die Anhänger der „Deutschen Zeitung“ ihre ganze Politik eingestekt haben auf ein Bündnis mit Rußland gegen den Westen. Iwar nicht mit Sowjetrußland, aber doch schließlich mit den Wästern, die auf russischem Boden wohnen. Diese Völker werden nun in einer so unvertrocknen Art verhöht und beschimpft, wie es seit jeher Mode bei den Elite-Deutschen gewesen ist, von deren Wesen die Welt genesen“ sollte. Diese Art, überlegen und lächnlich über alle anderen Wästerchaften abzurufen, hat dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit so erbitterte Gegnerschaft in allen Teilen der Welt geschaffen, wie wir sie während des Krieges schmerzlich zu fühlen bekamen. Die Wästern sind auch jetzt am Werke, um die Sünden des mittelalterlichen Zeitalters zu wiederholen.

Besonders geistreich ist der Hinweis des alldeutschen Blattes darauf, daß die russische Sowjetrepublik aus 27 selbständigen Einzelstaaten bestehe. Man hat in der „Deutschen Zeitung“ bei der Begeisterung für „Schnaps, Talglicht und Läuse“ augen-

Sprittwitz war baff: „Aber Graf! Ja, haben Sie denn ernstlich geglaubt... haben Sie nicht gewußt, wen Sie vor sich hatten? haben Sie nicht freudig... nicht freudig sogar Mördern Applaudiert?“

„Aber das haben sie mir ja nur vorgelesen. Es waren wirklich einfache Kaufleute, die mich mit falschen Angaben über ihre Person betrogen hatten, die keiner republikanischen Fügung ein Haar gekrümmt hatten.“

„Harmlose Kaufleute!“ hauchte Sprittwitz. „Nicht die Mörder? — Solche Lumpen!“

Eine bedeutsame Rede des Rectors Walter Kernst. Die Berliner Universität beging heute mittag das Gedächtnis ihres Stüters Friedrich Wilhelms III. mit einer Feier, die durch eine Rede des Rectors Walter Kernst ihr besonderes Gepräge erhielt. Wie wird, so betonte Kernst einleitend, in weiteren Kreisen des preussischen Volkes die Erinnerung an den Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I., Friedrich II. und Kaiser Wilhelm I. erlöschen. Aber ebensovienig dürfe verdrängt werden, daß nach den Novembertagen manches besser geworden ist, als viele Bürger damals sich vorstellten; insbesondere die Fortentwicklung der Wissenschaftspflege. Den ersten Teil seiner Rede widmete Kernst dem Gedächtnis Athenaus. Dem, so sagte er, die Universität darf nicht schweigen, wenn sie den inneren Kern ihrer Bestrebungen bedroht sieht, wenn Reichel mord eingreift, wo Kämpfe mit den zwar scharfen, aber ritterlichen Waffen des Geistes ausgefochten werden. Wie milderenden Umstände entfallen, wenn reinpolitische Meinungsverschiedenheiten auf dem Wege heimtückischer Ueberfälle erledigt werden sollen. Und an die Studentenenschaft, die diesen Tag bezeugt, richtete Kernst die Mahnung: Aufgabe der wissenschaftlichen Erziehung ist es, nicht nur zum logischen Denken, sondern auch zum freiwilligen Bekenntnis und zum offenen Eintreten dafür heranzubilden, was es für wahr und richtig erachtet. Er charakterisierte Athenaus als den Patrioten, der im Dienste des Vaterlandes wirkte und als Politiker wie selten einer die Hilfsmittel der Wissenschaft sich zu Dienste zu machen bemühte. Und er fuhr fort: Unser Zeitalter wird kaum einen zweiten Mann neben Athenaus zu nennen wissen, der die Kultur seiner Zeit so vielseitig und dabei so gründlich ausgenommen hat. Der Gelehrte schloß seinen Nachruf mit dem Satz: „Nicht rohe Gewalt, nicht die Macht des Reichthums, nur des Geistes Jopler können ewig.“

Dieser Satz steht auf dem Prager Grabsteine von Tycho de Brahe, dessen Entdeckung, dem plötzlichen Aufleuchten neuer Sterne, der wissenschaftliche Teil von Kernsts Rede galt.

Russisches Theater. Die Truppe der im Moskauer Künstlertheater unter Stanislawskis Leitung ausgebildeten Darsteller begann am Mittwoch in dem so ganz anderen Zwecken dienenden Rahmen des Apollo-Varietes ihre Vorstellungen. Der große Saal war Kopf an Kopf von ihren Gaudelustern gefüllt, die ihnen am Schluß (nach den Einzelakten durften die Schauspieler nicht erscheinen) brouillenden Beifall spendeten.

scheinlich vergessen, daß auch das Deutsche Reich immer noch aus rund zwanzig Einzelstaaten besteht und daß niemand energischer für die Aufrechterhaltung der „Hoheliterarchie“ dieser Einzelstaaten eintritt, als unsere Reichsmontschisten. Dieser Widerspruch ist allerdings daraus leicht zu erklären, daß der verantwortliche Redaktor für „das Talglicht aus dem Ofen“ selbst ein Mann aus dem Osten ist, nämlich der aus einer russischen Provinz stammende Otto v. Schilling.

Ein republikanisches Studentekartell.

Der in Jena abgehaltene Kongreß der republikanischen Studenten Deutschlands hat am 1. August zur Gründung des Kartells der deutschen republikanischen Studentenschaft“ erklärt. Das Kartell dient dem Schutz und sozialen Ausbau der demokratischen Republik und führt auf den Hochschulen den Kampf gegen die Reaktion und den Geist der Völkerverehrung und militärischen Gewaltpolitik. Es besteht aus den republikanischen Studentenclubs reichsdeutscher und deutschösterreichischer Hochschulen und studentischen Reichsverbänden mit entsprechenden Zielen. Das Reichskartell wird von einem Staberausschuß geleitet; Sitz der Zentrale ist München.

Deutschvölkische Arbeit.

Die „Freiheit“ zitiert aus dem „Freien Arbeiter“ Briefe, die der wegen Mißhandlung am „Rathenau-Mord“ verhaftete deutschnationalistische Student Günther für den „Deutschnationalen Studentendienst“ (mit dem Briefkopf der „Deutschen Tageszeitung“) geschrieben hatte. Man kann aus ihnen entnehmen, daß die „Stoßtruppe“ zur Verfassungskämpfung im Einvernehmen mit der Geschäftsleitung der Deutschnationalen Partei gebildet worden sind. Aus dem den Briefen beigelegten Programm des Deutschnationalen Studentendienstes interessieren die Allgemeinheit gewiß diese Punkte besonders:

1. Wahlpropaganda. Hierin sind einbezogen: Sprengtrupps für gegenwärtige Versammlungswegen, Schutztrupps für eigene Beschaffung von Flugblättern und Plakaten für die Wahlen.

2. Einrichtung eines besonderen Spindelwesens für politische Aufführungs- und Ermittlungsverfahren. Hierbei arbeiten wie hand in hand mit der politischen Kriminalpolizei durch Vermittlung des Grafen Reventlow. Ein Fall, bei dessen Aufklärung wir zurzeit sind, wird demnächst die Presse beschäftigen. Weiter verschlingt diese Spindelorganisation durch Reisen, Bestechungsgelder usw. erhebliche Summen.

Man wird auf das Dementi des Grafen Reventlow nicht erst warten brauchen. Aber wichtig ist zu erfahren, ob wirklich diese Herrschaften mit der politischen Kriminalpolizei zusammengearbeitet, um inkonsequente Anschläge „aufzulkären“.

Wassensunde in Hannover.

In den Ortschaften Hessel und Bennepfotel in Hannover sind bei zwei Landwirten umfangreiche Waffenslager gefunden und beschlagnahmt worden. Es handelt sich im ganzen um etwa 50 Infanteriegewehre und mehrere Maschinengewehre mit Ersatzteilen, die angeblich vor Jahren vom Generalissimo zur Bildung und Ausrüstung von Einwohnern bewehrt geliefert worden sein sollen. Gegen die beiden Landwirte ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden.

Das reichsteue Nürnberg. Der Stadtrat hat beschlossen, da man nicht mehr warten könne, bis von der jetzigen bayerischen Staatsregierung eine bezügliche Anordnung für alle bayerischen Gemeinden getroffen werde, die Gemeindebeamtenordnung der Stadt Nürnberg auf Grund des Reichsgesetzes für die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik einer Durchsicht zu unterziehen und die bezüglichen Bestimmungen des Reichsgesetzes mit aufzunehmen. Der Vollzug des Gesetzes soll sofort in Angriff genommen werden.

Bayerischer Richterhonorar. In der „Münchener Post“ lesen wir folgende kleine Geschichte: Am Grabe des Vorsitzenden des Bayerischen Richtervereins hat kürzlich der Präsident des bayerischen Obersten Landesgerichts auf dem Münchener Waldfriedhof das folgende Gebetswort abgelesen: „Ne und nimm er mehr werden die bayerischen Richter ein Gesicht anwenden, das sich einseitig gegen eine bestimmte Partei richtet.“ Meint der Mann die bayerischen Kommunistenverfolgungen?

Als Eröffnungsveranstaltung hatte man eine Dramatisierung von des alten Dickens einst viel gelesen und vielgeliebten „Heimchen am Herd“ gewählt. Eine Dramatisierung, die, wie auch der des russischen Untertage merkte, literarisch um kein Haar besser war als es bei solchen Anschauungen erfolgreicher Novellen und Romane sonst der Brauch ist. Es schien Vorabsichtswärde, die sich selbst um die äußeren technischen Bedingungen der Bühnenmäßigen Wirkung nicht viel kümmert. So vornehmlich die Künstler sich auch auf hummes Spiel verstanden, gab es da Szenen, in denen sie derartig lange zuzuhören hatten, daß sie gerodeweg zu unbewegter Passivität verurteilt waren. Die tief lebenswändig verfallende Güte des großen, in dieser Stille rein idyllisch optimistisch eingestellten Romancers, rückte in der vergrößerten Wiedergabe der Bearbeitung nahe an den Typus rührender Familienstücke aus Großvaters Zeit. Aber bei allen Trivialitäten blieb doch genügend freier Spielraum, in dem die wunderbare Kunst immer Individualisierung, die dem Moskauer Künstlertheater zu seinem Betraute verholfen, sich entfalten konnte. Der treuerzige Aufseher des Herrn Dillj war höchstwahrscheinlich eine Meisterleistung. Daß der mächtige blondhaarige Gelehrte mit der empfindsam weichen Kinderseele, der glänzend an seinem jungen, tüchtigen und so viel aufgeweckteren Frauen hängt, ausgesprochen russisches Kolorit hatte, war ganz gewiß kein Schaden. Durch die Verpfanzung auf dem heimischen Boden verstärkte sich, worauf es in letzter Linie einzig ankommt, der Eindruck bodenständiger Natürlichkeit. In jedem Zug das Bild vollkommener, organischer Einheit bietet, was die Gestalt heran und erweckte in ihrer rührenden Unbeholfenheit zugleich die wärmsten Sympathien. So wenig die Bühnenwelt überzeugt, die den draven Buchen dann plötzlich an der Szene seiner Liebsten irt werden läßt, so menschlich wahr erschien im Spiel die Ueberwindung des sich aufwallenden eiferfüchtigen Hasses und der ungeschlachte elementare Jubelsturz, als der Schwerfällige dann endlich leiber merkt, wie unnahbar seine Größe. Das Frauen der Durassowa hielt sich auf gleicher Höhe, wenn man auch die Worte nicht verstand, sojete man mit dem lebendigsten Interesse dem weichen unaushörlich weichen Willensspiel jeder Bewegung der selbstem bereiten Hände und Arme. Auch sie mehr russisch. Die Verführung der beiden schließt sichgerecht mit einem russischen Tanz. Stark eindrucksvoll war auch die Darstellung der blinden Freundin in der Szene, wo dieselbe, im Stuhle sitzend, bleich, mit unermüdlich tätigen Händen an der Arbeit befaßt, still zärtlich mit dem Vater spricht. (Pri. P. m. o. t. s. h. e. j. a.) Nehalt wie die Moskauer bei ihrer berühmten Aufführung der „Brüder Karamasow“ das Spiel mit Portierung aus Dostojewskis Text ergänzten, wurde hier der Abend durch die Rezitation von Dickens stimmungsvollen Eingangsworten eröffnet. Herr Gotschew sprach sie warm und herzlich.

Der Sturm. In der Kunst-Kunstwelt, Volkstheater Nr. 124 werden zum ersten Male in Deutschland Arbeiten des russischen Bildhauers und Malers Rodin, der in Deutschland seit geraumer Zeit mehrere großformatige Gemälde des Schweden Otto von Scharffenberg (Paris),

Galerie Ferdinand Möller. In der Sommerausstellung werden Werke von Corot, Delat, Gdler, Gull, Kand, Kotschka, Kollmitz, Modersohn, Pechstein, Rogiß, Schmidt-Rottluff, Schötenberg u. a. gezeigt.

Poincarés Sanktionsplan.

Paris, 3. August. (E.) Poincaré erklärte bezüglich der Zwangsmaßnahmen, die er Deutschland gegenüber nach dem 5. August ergreifen will, einem Mitarbeiter des „Denore“, die Maßnahmen, die vorbereitet sind, sollen steigende Kraft besitzen. Vom 5. August an sollen strenge Maßnahmen angewandt werden, die allmählich verstärkt werden sollen. Wir sind sicher, daß man uns nicht hindern kann, in wirksamer Weise vorzugehen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. „Denore“ sagt hinzu, daß es sich zweifellos um eine Beschlagnahme der deutschen Eisenbahnen und später des Besitzes deutscher Privateigentümer im Elsaß und im Rheinland handelt.

Paris, 3. August. (E.) „Chicago Tribune“ erklärt, die Sanktionen, die Frankreich am Vormittag mittig gegen Deutschland auszuführen werde, würden, wie gestern offiziell mitgeteilt worden sei, in der Beschlagnahme deutscher Industrieunternehmen in Elsaß-Lothringen bestehen, es würde auch vorgeschlagen, Industriebesitz im besetzten Deutschland und möglicherweise im Ruhrgebiet zu beschlagnahmen. Das französische Kabinett werde aber heute morgen erst die Entscheidung treffen, ob diese ernste Maßnahme notwendig sei. Die französische Regierung gedenke die Beschlagnahme durch Zivilprozess herbeizuführen, was auch im besetzten Deutschland möglich sei. Die Beschlagnahme von Industriebesitz im Ruhrgebiet würde die Verwendung von Truppen erforderlich und sei deshalb unwahrscheinlich. — Das „Journal“ schreibt, die deutschen Zwangsmaßnahmen seien progressiv und würden sich entsprechend den Umständen entwickeln. Die ersten Sanktionen seien genehmigt.

Lozdringung des Rheinlandes!

Paris, 3. August. (E.) Im „Journal“ erklärt Lucien Chailagnier, daß die Sanktionen Poincarés die folgende seien: Errichtung einer Zollgrenze gegen Deutschland und Herabsetzung der Zölle zwischen Frankreich und dem Rheinland, Schaffung eines besonderen Budgets für das Rheinland, Erhebung des Kartgeldes im Rheinland durch eine gesunde Devise; die preussischen Beamten im Rheinland würden durch rheinische Beamte ersetzt werden; die Vollmachten der Rheinlandkommission würden ausgedehnt und eine Provinzverwaltung einberufen werden; die deutschen Industriellen des besetzten Gebietes würden enteignet und die Hilfsquellen des Rheinlandes würden direkt durch Frankreich ausgebeutet werden.

Englische Beurteilung.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ stellt fest, daß das Ultimatum Poincarés den neuen gewaltigen Marktschritt zur Folge gehabt hat. Es stelle ein Abgehen von der Methode der interalliierten Vereinbarungen dar. Selbständige Sanktionen einer Macht seien unzulässig, Poincaré habe sich selbst darauf verpflichtet. In juristischer Beziehung würden die Alliierten Frankreichs vielleicht nicht in der Lage sein, bei Sanktionen im Elsaß zu intervenieren. Aber andere Sanktionen, z. B. im besetzten Gebiet, könnten von Frankreich nicht selbständig vorgenommen werden, außer unter Verletzung des Versailler Vertrages und unter Nichtbeachtung der Autorität der interalliierten Rheinlandkommission. Frankreich werde es sich zweimal überlegen, ehe es den Versailler Vertrag zerreißt. In britischen Kreisen würden naturgemäß einige Einsprüche gegen den Satz erhoben, in dem zweifelhafte Poincaré das Recht für sich in Anspruch genommen habe, in dieser Frage nicht nur im Interesse der französischen Bürger, sondern auch aller der anderen alliierten Signatarmächte zu sprechen. Die französische Regierung habe zum mindesten Großbritannien in die unangenehme Verlegenheit gebracht, eine etwaige Aufgabe der deutschen Regierung, ob Poincaré in seiner Rolle Englands Interessen und Interessen vertreten habe, mit Nein beantworten zu müssen.

Zum Schluß erinnert der Mitarbeiter daran, daß auf der Konferenz von Cannes die Franzosen bei Gelegenheit dem Zugestimmten hätten, daß die deutschen Zahlungen wegen der Vorkriegsschulden von 2 Millionen auf 1 1/2 Millionen Pfund herabgesetzt würden.

Die Wirkung der Balfour-Note.

Keine Hoffnung auf Amerika.

Paris, 3. August. (E.) „Chicago Tribune“ läßt sich aus London melden: Im englischen Kabinett machten sich ernste Meinungsverschiedenheiten dauernd geltend, als man die Wirkungen der Note Balfours in den Vereinigten Staaten kennen lernte. Lloyd George entschied sich erst am Sonntag dazu, die Note veröffentlicht zu lassen, weil sie erklärte, England würde auf seinen Anteil an den deutschen Reparationszahlungen sowie auf jenen Anteil an der alliierten Schuldsumme, der England selbst von den Vereinigten Staaten nachgelassen würde, verzichten. Durch diese Note Balfours hofft Lloyd George einen genügenden Druck auf Poincaré ausüben zu können, damit Frankreich auf alle Pläne zu unabhängigen Aktionen Deutschlands gegenüber verzichte. Sollte Poincaré dieser Haltung Lloyd Georges zustimmen auch sich weiterhin auf eine abwartende Haltung Deutschland gegenüber einstellen, so würde der englische Ministerpräsident gewisse Erleichterungen in der Rückzahlung der Schulden Frankreichs an England erbeten. — Pierpont Morgan, der sich gegenwärtig in England aufhält, habe verschiedenen Bankiers mitgeteilt, daß

jede Hoffnung auf eine Aenderung des amerikanischen Standpunktes in der Schuldenfrage in unmittelbarer Zukunft vergeblich wäre. Erst in einigen Jahren könnte vielleicht in der öffentlichen Meinung in Amerika in dieser Hinsicht ein Umschwung eintreten.

Washington, 3. August. (Reuter.) Deffentliche Kommentare zu der Note Balfours sind nicht zu haben. Die Auffassung der Finanzbeamten neigt zu der Annahme, daß die Note hauptsächlich bestimmt ist, die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poincaré zu beeinflussen. Die amtlichen Kreise sind mit der Erklärung der britischen Regierung über die Zinszahlung der britischen Schulden an Amerika im Oktober einverstanden. Die Note wird vielleicht die Regung der amerikanischen Schuldenkommission bestärken, in der nächsten Tagung des Kongresses ein Geses anzupfehlen, das die Zinsraten herabsetzt.

Ein Zeitartikel des Lloyd George nachschreibenden „Daily Chronicle“ betont, daß Großbritannien nicht um Gnade bitte und zum Bezahlen bereit sei; die Streichung seiner Schulden würde ihm nicht nützen, da es für Europa vielmehr schädlich tun werde. England würde dann Frankreich drei Viertel seiner Schulden erlassen, das letzte Viertel müßte Frankreich von Deutschland bekommen. Mit Gefängnisstrafen für seinen Schuldner Deutschland erlange Frankreich nicht viel Geld; eines Tages werde Frankreich diese Wahrheit verstehen und danach handeln.

Ein Kommuniqué des Poincaré. Die wegen Aufreizung von Militärpersonen angeklagten kommunistischen Abgeordneten Paulien Couturier und Marcel Cahin wurden zu 500 Franken Geldstrafe sowie der Kommunist Paulin zu 100 Franken Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten wollen gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

Berliner Ferien.

Das Jugendamt der Stadt Berlin hat in den letzten drei Jahren viel zur Verbesserung der Außenereignisplätze getan, was in den Einzelheiten noch wenig bekannt ist. So sind auf sämtlichen Außenereignisplätzen wunderhübsche Freilichtbühnen eingerichtet worden. Wir haben auf dem westlichen dieser Spielplätze, im Plänterwald, die etwa einen Meter hohe Freilichtbühne im Halbrund von Lebensbäumen umgeben, vorn mit einem Blumenstreifen eingekamert. Davor ist eine nette Höhe, zwischen dieser und der Bühne genügend Raum für eine Musikkapelle, die schon bis zu 20 Mann stark konzertierte. Den vorzüglichsten Hintergrund bilden die hohen Parkbäume. Im Plänterwald haben schon vier Vorstellungen stattgefunden, anfangs unter Zuhilfenahme erwachsener Schauspieler, später nur durch Kinder.

Zu den Neuanlagen im Plänterwald gehören ferner die lange genug schon fertig erbaute Wasserleitung, Lavastellen zur Reinigung der Gießgeräte, eine eigene mit 35 000 M. Kostenaufwand bei den städtischen Ewerksarbeiten erbaute Badeanstalt, nach der halbfrühlich Gruppen von Kindern geführt werden, und die erst in diesem Frühjahr vollendete mächtige, geschlossene Unterzunftshalle für den Fall des plötzlichen Ausbruches eines Unwetters. Die Badeanstalt wird mittig benutzt. Die Verpflegung (vormittags Kaffee zum mitzubringenden Frühstück, mittags 5/6 bis 1 Liter Erbsen, Bohnen, Reis, Grieß, Haferstroch oder Nudeln, nachmittags Kaffee mit 150 Gramm Gebäck) ist kostenlos. Trotdem läßt die Beteiligung zu wünschen übrig. Während im Plänterwald in Friedenszeiten täglich 2000—4000 Kinder spielen, wird jetzt nicht die Zahl 1200 überschritten. Jeweils finden sich nur 600—800 Kinder ein. Zum Teil mag das an der anhaltend ungünstigen Witterung liegen. Die praktisch sehr erfahrenen Spielführer wollen es hauptsächlich auf das neu eingerichtete Kartensystem zurückführen. Bisher mußte an jedem Montag die Teilnehmerliste für die ganze Woche gestellt werden. Die beiden ersten Kinder der gleichen Familie zahlten 15 und 12 M. mit Fahrgeldgelegenheit, ohne Fahrgeldgelegenheit 10 und 8 M. Diese Eltern wollen sich aber für die ganze Woche nicht binden. Von Donnerstag, 3. August ab, werden daher Halbwochenkarte eingeführt. Die Praktiker halten auch das noch für ungenügend und wünschen, daß jeder beliebige Wochentag als erster Spieltag gerechnet werden soll, sind auch nicht für Zurückweisung von Kindern, die nur den Betrag für einen Tag nach dem Sammelplatz mitbringen. Von der Verringerung des bisherigen Kartensystems wird eine wesentliche Hebung des Besuches erwartet. Den Eltern steht noch viel zu sehr das Verständnis, welcher gewaltiger Vorteil hier für die Gesundheit ihrer Kinder erblüht. Aber auch der wirtschaftliche Vorteil ist groß. Was die Kinder hier an Verpflegung erhalten, kostet in der Familie mindestens das Vierfache.

Lozdrufe nach Mexiko.

Im „Daheim“, Nr. 43/44 vom 22. Juli 1922, befindet sich Seite 33 folgendes Gesuch:

Mexiko.

Für den Herbst d. J. suche ich eine gebildete, heitere Kindergärtnerin 1. Kl., nicht unter 24 Jahren, die fähig ist, meine 5jährige Tochter zu unterrichten (Kontrakt 3 Jahre) und Sprach-Englisch verlangt; außerdem müßte betreffende Dame im Hause arbeiten, im Aufhören von Wäsche, in Kindergartensachen bewandert sein. Wohnort: Kaffee Finca, Klima wunderbar, volle Meeresluft, Gehalt 1000 M. monatlich. Gest. Zuschr. an Frau Margarete Büchel, Badenhausen bei Dormstadt, Hessen.

Dazu schreibt uns eine unterrichtete Lehrerin: Ich bin lange Jahre in Mexiko gewesen und kenne das Land vom Norden bis zum Süden, ausgenommen die Westküste, und ebenso die dortigen Verhältnisse. Schon vor 10 Jahren zahlte ich monatlich meinen mexikanischen Erlohas (ungelernte, einfache Arbeit) 7 Pesos das sind nach heutigem Kurs über 2000 M. monatlich. Und diese Dame mag einer gepörrten deutschen Kindergärtnerin 1000 M. monatlich angehören. Bei einem dreijährigen Kontrakt ist die Leberreise selbstverständlich frei, vielleicht nimmt die Dame das Fräulein auch persönlich mit, erwarret also auch schon unterwegs Dienste von ihr. Die Lebensmittel in Mexiko sind billig, aber Kleidung, Schuhe usw. sehr teuer, z. B. bei einem monatlichen Gehalt von 1000 M., das sind kaum 5 Pesos, würde das ganze Jahresinkommen nicht reichen, um sich ein einziges ausländisches Kleid zu kaufen, die Preise sind in den letzten Jahren sehr gestiegen. Auskunft erteilt Kurfürstendamm 220, der Deutsch-Mexikan. Verband. Das betreffende Fräulein würde, wenn im Lande, sofort erkennen, wie schwer man es sich leisten hat und ein Zurückkommen oder sich bewerben um andere Stellen ist sehr schwer von einer Finca aus, da die Entfernungen in Mexiko sehr groß sind und eine Finca stets entlegen ist.

Die Reichspost will aufräumen.

„Alle Hoheitszeichen ungenügend oder gar nicht gestiftet . . .“

In einem solchen veröffentlichen Erlaß wendet sich der Reichspostminister Diesbaris an die gesamte Beamtenenschaft der Reichspostverwaltung. In dem Erlaß wird auf eine Reihe von Beschwerden hingewiesen, die in letzter Zeit bei der Verwaltung eingegangen sind. Es heißt in diesem Erlaß: „Dem Reichspostministerium gehen fortgesetzt Beschwerden darüber zu, daß trotz aller Verwaltungsanordnungen auf Posthauswänden, Briefkasten und Verschlußmarken, Stempeln, Vordrucken usw. Hoheitszeichen der früheren Staatsform entweder gar nicht oder so ungenügend gestiftet werden, daß die unzulässigen Zeichen später wieder zum Vorschein kommen, in den Diensträumen (einschließlich Erziehungsräumen usw.) Bildwerke, deren Beschleiß in amtlichen Räumen als Widerspruch gegen die Republik angesehen wird, nach immer nicht entfernt worden sind. Durch derartige bedauerliche Vorkommnisse wird nicht nur das Ansehen der Verwaltung in der Öffentlichkeit hart herabgesetzt, sondern auch die Achtung des Publikums vor den Beamten geschädigt, und Verwahrung und Beamtentum werden in ihrer Befähigung und Stellung zur Republik vermindert. . . . Die Beamten werden aufgefordert, die ergangenen Vorschriften genau zu beachten und mit größter Sorgfalt alles zu vermeiden, was der Reichspostverwaltung und ihren Organen als Widerstand gegen republikanische Einrichtungen“ gedeutet werden kann. Der Erlaß schließt: „Dem deutschen Volke ist innerer Friede dringend notwendig. Dabei mit allen Mitteln über die Republik mitzuwirken, ist Pflicht aller Beamten. Verletzung dieser Pflicht wird fortan strengstens geahndet werden.“ Es hat ja ein bißchen lange gedauert, und es bedurfte verschiedener Rippenstöße, bis dem Reichspostminister diese Ansicht kam, aber die Republik hat ja immer lange genug ihre Geduld bewiesen.

Der neue Bahnsteig Warschauer Straße.

Die zwischen den beiden Stadtbahnhöfen Schillerscher Bahnhof und Stralau-Kummelsburg gelegene Station Warschauer Straße wird demnächst zu einer Einleitungsstation für den stark überlasteten Bahnhof Stralau-Kummelsburg, auf dem bisher neben den zahlreichen Vorortzügen von und nach Kaulsdorf, Friedrichshagen—Erlner und Grünau auch noch die Vorkriegszüge beider Richtungen abgefertigt wurden. Durch einen bereits seit längerer Zeit im Bau befindlichen zweiten Bahnsteig soll der Bahnhof Stralau-Kummelsburg vor allen Dingen dadurch entlastet werden, daß sich ein Teil des Umfahrgeschäfts, der sich bisher in Stralau-Kummelsburg abwickelte, nunmehr auch auf dem Bahnhof Warschauer Straße vor sich gehen kann. Auf diesem Bahnsteig sollen eine Reihe von Zügen enden bzw. beginnen, die bisher als Einschläge von den

beiden Ringbahnstrecken kamen und in Stralau-Kummelsburg aus- bzw. eingeleitet wurden. Diese Züge werden den Übergang auf die Stadtbahn Warschauer Straße erleichtern, da an dem gleichen Bahnhof auch eine Reihe der Vorkriegszüge halten sollen. Die Inbetriebnahme des neuen Bahnsteiges wird voraussichtlich noch im Laufe des Jahres erfolgen können.

Sundfleisch als Heilmittel.

Eine nicht alltägliche Diebstahlsgegeschichte wurde im Berufungsverfahren vor der Potsdamer Strafkammer verhandelt. Auf der Domäne Roslow bei Brandenburg a. H. verschwanden im Juli 1921 vier wohlgenährte acht Wochen alte Jagdhunde. Als Dieb wurde der Stellmacher der Domäne, ein gewisser Remden, ermittelt. Remden hatte auf der Jagd Berlin-Nauen einen Händler Scheu aus Berlin kennengelernt, der ein sehr lungenkranker Mann war und in jene Gegend gefahren war, um junge Hunde, die er erst mästete, als Heilmittel gegen seine Tuberkulose anzukaufen. Aus Mitleid hatte Remden den Scheu in den Stall mitgenommen und die jungen Hunde herausgeholt. Schon am darauffolgenden Tage wurden die Tiere von der Post bei dem Händler beschlagnahmt. Das Brandenburger Schöffengericht verurteilte Scheu wegen gemeinschaftlichen Diebstahls zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis. Gegen das Urteil legte sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte Scheu vor der Potsdamer Strafkammer Berufung ein. Scheu gab zu seiner Einschuldung an, daß er als tuberkulöser Mann schon seit längerer Zeit junge Hunde kaufte, diese mäste und dann später das ausgelassene Hundefleisch verzehrte. Er sei damals aufs Land gefahren, um die Tiere zu heilzwecken für sich zu beschaffen. In Berlin könne er täglich alte Hunde haben, diese wären aber zu seinen Zwecken ungeeignet. Das Gericht ließ die Einwendungen des Angeklagten wohl gelten, da er aber bereits mehrmals wegen Diebstahls verurteilt war, wurde seine Berufung wie auch die des Staatsanwalts verworfen.

Wohnungsbeihilfe an verheiratete Beamte.

Die Bestimmungen über Gewährung von Wohnungsbeihilfen werden, wie der amtliche preussische Preßedienst aus einer Besl. Januar 1922 ab dahin ergänzt, daß die Vorschriften auch auf Beamte — besetzte planmäßige und nicht planmäßige mit laufender Grundbesitzung — die die Absicht haben, sich zu verheiraten, und kurz vor der Verheiratung verheiratet werden, entsprechende Anwendung finden, wenn vor der Bekanntgabe der Verheiratung bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Näuber am Schlesienschen Bahnhof.

Eine gefährliche Räuberbande, die die Gegend des Schlesienschen Bahnhofes unsicher machte, von dort aus auch weitere Streifzüge unternahm, ist von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Die vierköpfige Bande, die aus einem Ignaz Macejowski, einem Joseph Wirwich, einem Janos Kurasz, unter der Leitung eines angeblichen 26 Jahre alten Arbeiters Theodor Langusch, bestand, lauerte harmlosen Leuten auf, die auf dem Schlesienschen Bahnhof eintrafen oder die sonst dort zu tun hatten, und verschleppten sie in Lokale oder in einsame Gegenden, um sie dann zu überfallen und auszuplündern. Ihre Opfer wurden wiederholt auch Leute, die ergos in irgendeiner Wirtschaft der Umgebung des Bahnhofs eintraten. Hier brachen die Räuber einen Streit mit ihnen vom Saun, schleppten sie dann hinaus, schlugen sie nieder und nahmen ihnen alles ab, was sie an Geld oder Wertgegenständen bei sich hatten. So erging es erst kürzlich einem Schiffsanwärter B. aus Dresden, der mit seinem Koffer unweit des Bahnhofs in Berlin lag. Er geriet in einer Schankwirtschaft in der Albersdorfer Str. 42 unter diese Räuber, wurde auf der Straße von ihnen zu Boden geschlagen und seiner Borschaft von 3000 M. und der Schiffspatrone beraubt. Beamten des Kriminalpolizeis und der Streifenpolizei der Kriminalpolizei gelang es, zunächst drei der Täter festzunehmen. Gestern ermittelten sie dann auch den Haupttäter, den angeblichen Langusch, und brachten auch ihn hinter Schloß und Riegel.

Zur Raupf mit Kohlenchiebern.

Beim Kohlenamt Berlin war von privater Seite die Werbung eingelaufen, daß im Keller des Hauses Weinbergweg 7 größere Kohlenvorräte lagerten, die allem Anschein nach „hinter dem um“ verladen werden sollten. Als sich Beamte des Kohlenamtes daraufhin am Montag nach dem bezeichneten Hause begaben, um die Kohlenvorräte in Augenschein zu nehmen, stellte sich ihnen der Besitzer des Hauses, ein gewisser Salo Goldmann, mit einer ganzen Schar von Galizern, etwa 20 an der Zahl, entgegen, um eine Durchsuchung der Kellerkammer zu verhindern. Den städtischen Beamten blieb angesichts der drohenden Gewalt „Leidwacht“ des Hausbesizers nichts anderes übrig, als die Polizei um Unterstützung zu bitten. Mit deren Hilfe wurde dann der Keller durchsucht und tatsächlich über 100 Zentner Triebholz gefunden, die sofort beschlagnahmt und einem Kohlenhändler zur Verteilung an seine Kundschaft angeführt wurden. Gegen Goldmann, der von dem Kohlenamt nichts gewußt zu haben behauptet, und der ansieht, daß ein „Unbekannter“ diesen Keller für einige Tage gemietet habe, wurde ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet. — Das Kohlenamt Berlin weiß bei dieser Gelegenheit erneut darauf hin, daß jeder Wagen, der mit Triebholz oder Steinkohlen beladen ist, den Namen der Firma tragen muß.

Die Gefährlichkeit der „weißen Frauen.“ Das Handwerk der weißen Frauen scheint jetzt in Potsdam in blühender Weise überhandzunehmen. Vor nicht allzu langer Zeit verlor ein junges Mädchen nach einer Behandlung bei einer weißen Frau. Gestern erfolgte die Entlassung eines 26jährigen Dienstmädchens in des Städtischen Krankenhauses, das aber bereits auf dem Transport verstorben war. Heute vormittag wurde eine 37jährige Ehefrau in das städtische Krankenhaus eingeliefert, die gleich darauf an den gleichen Folgen verstarb.

Die städtische Schulschule in Neukölln nimmt auch während der Ferien bedürftige Schulkinder in Behandlung, und zwar ist die Sprechstunde für Neuaufnahmen werktäglich von 9 bis 10 Uhr vormittags besetzt.

Ein Mathematik-Jugendklub. Im Süden Berlins hat sich ein republikanischer Jugendklub mit dem Namen „Mathematik-Club“ gebildet, der dem „Republikanischen Jugendklub“ angegliedert ist. Die Ziele des Mathematik-Jugendklubs sind: Die Vereinerung aller mathematischen jungen Leute, ohne Unterschied der Partei- und Religionszugehörigkeit, die für den Fortschritt der Republik eintriften, zu einem gemeinsamen Gange zu kommen. Sitzung jeden Mittwoch im Restaurant „Die Post“, Grödenstr. 10. Die Mitgliedsbeiträge: Gedächtnis des Mathematik-Clubs: Friedrich Reußner, Udenstr. 157, Tel.: 107. 4002. Geschäftsstelle des „Republikanischen Jugendklubs“: Berlin-Dahlemdorf, Berliner Str. 137, Tel.: Umland 9608.

Karban-Bauram. Im Namen der Mitglieder des „Vereins zur Unterhaltung russischer Musikanten“ wird die Karban-Bauram, Inhab. der Bagermüllerei Dr. A. Bedri zu der Feier des Karban-Bauram, die am Freitag, den 4. August d. J., unter Leitung des türkischen Oberlehrers Dr. Osk Schürli von in der Wäckerstr. des Weinbergweges, Wäckerstr. bei Josten, stattfinden wird, alle in Berlin weilenden musikalischen Musikanten eingeladen. Der Zug nach Potsdam fährt morgens 8 Uhr 20 Min. vom Potsdamer Ringbahnhof ab.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis, Wedding, Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Die Familienfeier findet am Freitag, den 4. August, statt. In der Wohnung des Vorsitzenden Dr. Osk Schürli in der Wäckerstr. des Weinbergweges, Wäckerstr. bei Josten, stattfinden wird, alle in Berlin weilenden musikalischen Musikanten eingeladen. Der Zug nach Potsdam fährt morgens 8 Uhr 20 Min. vom Potsdamer Ringbahnhof ab.

120. — 130. Stellung, Vantem. Seite oben 74. Uhr: Sanktionsklärung im Jugendheim. Als im Jugendheim geplanten Parteiveranstaltungen sind rechtzeitig dem Genossen Acost, Berliner Straße 8, angezeigt.

